

Pressemitteilung

CFS-Umfrage zu „Wachstumshemmnisse in Deutschland“

Deutsche Finanzbranche hält Bürokratieabbau und eine Behebung des Fachkräftemangels für dringend erforderlich

FRANKFURT, 05. Juni 2024

Hintergrund:

In der Frühjahrsprojektion geht die Bundesregierung davon aus, dass sich die deutsche Wirtschaft im Jahresverlauf 2024 im Zuge niedrigerer Inflationsraten, geldpolitischer Lockerungen, steigender Löhne und Einkommen, einer anhaltend stabilen Arbeitsmarktentwicklung und zunehmender Impulse von der Außenwirtschaft allmählich erholt und wieder an Dynamik gewinnt. Insgesamt wird in der Frühjahrsprojektion für dieses Jahr eine Steigerung des preisbereinigten Bruttoinlandsprodukts um 0,3 % erwartet; für das Jahr 2025 wird ein reales Wachstum von 1,0 % erwartet. Angesichts der anhaltenden Diskussionen in Politik und Wirtschaft über die Ursachen der deutschen Wachstumsschwäche hat das CFS eine Umfrage unter Fach- und Führungskräften der Finanzindustrie durchgeführt.

Ergebnisse der Umfrage

Eine überwältigende Mehrheit der Befragten (98,6%) hält den Bürokratieabbau für sehr wichtig oder wichtig, um die anhaltende Wachstumsschwäche Deutschlands zu überwinden. Einen sehr starken oder starken Einfluss auf die gegenwärtige Situation sehen 91,4% der Umfrageteilnehmer in dem Fachkräftemangel. Außerdem hält eine große Mehrheit der Panelisten (82,7%) eine Senkung der hohen Steuer- und Abgabenbelastung für einen sehr wichtigen bzw. wichtigen Hebel zur Ankurbelung der Konjunktur.

Dagegen hält nur eine Minderheit (29,2%) der Befragten die derzeit vergleichsweise hohen Zinsen für eine sehr wichtige bzw. wichtige Ursache für das geringe Wachstum. Zu hohe Lohn- und Gehaltskosten nennen 59,5%, zu niedrige öffentliche Investitionen 65,6% der Panelisten als sehr wichtigen bzw. wichtigen Grund für die Wachstumsschwäche.

„Die Umfrage verdeutlicht, dass die meisten Teilnehmer im Bürokratieabbau und in einer geringeren Steuer- und Abgabenbelastung wichtige strukturelle Maßnahmen für eine wirtschaftliche Erholung in Deutschland sehen. Diese Maßnahmen wirken jedoch nur mittel- bis langfristig. Daher verwundet es nicht, dass auch höhere öffentliche

Pressemitteilung

Investitionen genannt werden“, erläutert Professor Volker Brühl, Geschäftsführer des Center for Financial Studies.

„Die Bundesregierung hat das Problem erkannt. Wir dürfen in Kürze mit einer größeren Initiative zum Abbau der Bürokratie rechnen. Man kann die Verantwortlichen nur ermutigen, das Unterfangen nicht zu verwässern. Die Befragung belegt, wie drängend das Problem ist“, sagt Hubertus Väth, Geschäftsführer von Frankfurt Main Finance.

Die Ergebnisse basieren auf einer vierteljährlich vom Center for Financial Studies durchgeführten Managementbefragung unter Unternehmen des Finanzstandortes Deutschland.

Wir danken Frankfurt Main Finance e.V. für die finanzielle Förderung des Projekts.

Bei Rückfragen wenden Sie sich bitte an:

Professor Dr. Volker Brühl
069/798 30050
volker.bruehl@hof.uni-frankfurt.de

Das Center for Financial Studies (CFS) betreibt unabhängige und international orientierte Forschung in allen wesentlichen Themenfeldern der Finanzmärkte, Finanzinstitutionen und Monetären Ökonomie: von Finanzstabilität und Bankenregulierung über Wertpapierhandel und -bewertung auf Finanzmärkten, Portfolioentscheidungen von Haushalten und Recht und Ökonomie von Finanzorganisationen bis hin zu Geldpolitik und Ökonomie von Finanzmärkten. Das CFS leistet, unter Verwendung relevanter Erkenntnisse aus seinen Forschungsbereichen, einen Beitrag zu politischen Debatten und Analysen. Es greift für seine Forschungsprojekte und Politikberatung auf ein Netzwerk aus Wissenschaftlern und Persönlichkeiten aus Finanzindustrie und Zentralbanken in- und außerhalb Europas zurück.